

SELBSTSTÄNDIGER ANTRAG

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 58/2025

Bregenz, 2. April 2025

Ein regionaler Strukturplan für Vorarlberg

Sehr geehrter Herr Präsident,

ob die bestehenden Verwaltungsstrukturen zeitgemäß sind, wurde in der Vergangenheit bereits des Öfteren von der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion sowie in mehreren breit angelegten Prozessen hinterfragt. Besonders in einer fortlaufend wirtschaftlich angespannten Situation, in der die öffentliche Hand zum Sparen angehalten ist und die Gemeinden mehr denn je auf Synergieeffekte angewiesen sind, sollte das enorme Potential einer Verwaltungsreform ausgeschöpft werden.

Schon vor 13 Jahren, während des 62. Österreichischen Städtetages in Dornbirn, wurde eine einstimmige Resolution verabschiedet, die sich zum Teil mit dem Thema der Neugestaltung von Bezirksverwaltungsstrukturen beschäftigte. Demnach wurde angeregt, die bezirksübergreifende Zusammenarbeit, die Bündelung der Kompetenzen sowie die Veränderung bestehender Bezirksverwaltungsstrukturen zu überdenken.¹ Leider scheiterte die Umsetzung der Resolution am fehlenden Bekenntnis des Landtags. Auch schon vor dem Jahr 2012 war die Verwaltungsreform wiederholt Thema in Vorarlberg. So wurde 2011 aufgrund einer Initiative der SPÖ² das Thema wiederholt auf die Tagesordnung mehrerer Gremien gebracht, was letztlich in einer Ausschussvorlage und einem Auftrag an den Landeshauptmann mündete, Schritte für eine Verwaltungsreform in Vorarlberg

1 vgl. https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/staedtetag/2012/tagungsunterlagen/2012_05_31_Resolution_final_01.pdf

2 vgl. Beilage 91/2011 i.V.m. Beilage 131/2011

inhaltlich auszuarbeiten. Mit dem Symposium „Zukunft der Verwaltung“ am 5. April 2013 startete ein intensiver Verwaltungsentwicklungsprozess. Ein von der SPÖ vielfach geforderter *Regionaler Strukturplan Vorarlberg*³ blieb zwar aus, allerdings wurden die Erkenntnisse und Ergebnisse des breit angelegten Verwaltungsentwicklungsprozesses „Zukunft der Verwaltung“ in einem über 100 Seiten umfassenden „Abschlussbericht zum Verwaltungsentwicklungsprozess ‚Zukunft der Verwaltung‘“ inklusive 61 Vorschlägen und Maßnahmen zusammengefasst und in einer Sitzung des Rechtsausschusses am 4. März 2015 präsentiert. In diesem Zuge wurde beschlossen, dass die Landesregierung dem Landtag einen Umsetzungsplan der Empfehlungen aus dem Verwaltungsentwicklungsprozess vorlegen wird, was auch im Mai 2019 geschehen ist.⁴ Von 61 angeführten Vorschlägen wurden laut Landesregierung 31 Vorschläge zur Umsetzung ausgewählt.⁵

In diesem Endbericht wurde auch angemerkt, dass manche Vorschläge aufgrund geänderter Gegebenheiten auf deren Zweckmäßigkeit zu hinterfragen seien oder bereits überholt wären.⁶ Heute, sechs Jahre und zahlreiche globale Krisen später, trifft diese Erkenntnis wohl auf mehr Maßnahmen und Vorschläge zu, als es noch damals der Fall war. Auch klar ist, dass wir uns das Aufschieben einer Verwaltungsreform nicht mehr leisten können und die Wiederaufnahme des Prozesses sowie eine tatkräftige Umsetzung längst überfällig ist. Schließlich birgt eine Verwaltungsreform große Potentiale, die es zu nutzen gilt.

Um eine an die Herausforderungen unserer Zeit angepasste Verwaltungsreform in Vorarlberg umsetzen zu können, stellen wir gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

A N T R A G :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,

einen Prozess zu initiieren, um Vorschläge und Maßnahmen für eine an die aktuellen Herausforderungen und Gegebenheiten angepasste Verwaltungsreform zu erarbeiten. Unter

3 vgl. Beilage 135/2010

4 vgl. Umsetzung der Empfehlungen aus dem Verwaltungsentwicklungsprozess "Zukunft der Verwaltung"; Endbericht an den Vorarlberger Landtag

5 vgl. ebd.

6 vgl. ebd.

Einbeziehung der Abgeordneten, Fachexpert:innen und Regierungsmitgliedern sollen dabei die Erkenntnisse aus dem *Abschlussbericht zum Verwaltungsentwicklungsprozess ‚Zukunft der Verwaltung‘* sowie aus dem Endbericht zur *Umsetzung der Empfehlungen aus dem Verwaltungsentwicklungsprozess ‚Zukunft der Verwaltung‘* evaluiert und darüber hinaus neue Vorschläge und Maßnahmen erarbeitet und in einem *Regionalen Strukturalen Vorarlberg* zusammengefasst werden.“

LAbg. Ing. Reinhold Einwallner

KO Mario Leiter

LAbg. Manuela Auer